

Kramgasse 2, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 388 87 87
www.bern-cci.ch

Medienmitteilung

Bern, 17. September 2025

Vernehmlassung Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU»:

HIV Kanton Bern ist für den bilateralen Weg, sieht aber auch kritische Aspekte

Der kantonale Vorstand des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern spricht sich in der Vernehmlassung zum Vertragspaket mit der Europäischen Union für eine gute Beziehung zur EU aus. Das vorliegende Paket enthält aus seiner Sicht positive und auch kritische Elemente.

Für den Kanton Bern – als export- und forschungsstarke Wirtschaftsregion – ist eine verlässliche Partnerschaft mit der EU wichtig. Die wirtschaftliche Bedeutung ist gross: 2024 erfolgten 58,5% der Exporte in die EU. Nach einer ausführlichen Präsentation der Ausgangslage sowie Pro- und Kontrareferate von Unternehmern beurteilt der Vorstand das vorliegende Abkommen grundsätzlich positiv. Zugleich weist er auf kritische Punkte des Paketes hin. «Für Bern als Wirtschafts- und Forschungsstandort ist der Zugang zum EU-Binnenmarkt von grosser Bedeutung. Das Vertragspaket stärkt die marktwirtschaftliche Stabilität des Kantons Bern. Wichtig ist uns aber, dass im Parlament sowohl der liberale Arbeitsmarkt als auch die Spielregeln wie das Ständemehr erhalten bleiben», erklärt HIV-Präsident Daniel Arn.

Positiv hervorzuheben sind aus Sicht des Vorstandes:

- Der Marktzugang zum EU-Markt wird gesichert.
- Die Weiterentwicklung des MRA ist für die Schweiz – und insbesondere für den Kanton Bern als Export- und Forschungsstandort – essenziell, da in 20 Sektoren die Notwendigkeit einer zweiten Konformitätsprüfung in der EU entfällt.
- Die EU-Förderprogramme gehören zu den weltweit renommiertesten Programmen für Bildung, Forschung und Innovation. Sie sind für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Bern von grosser Bedeutung.

Kritisch bewertet der Vorstand insbesondere:

- Die vorgesehenen Massnahmen zum Lohnschutz schränken den liberalen Arbeitsmarkt ein und gehen zu stark auf die Forderungen der Gewerkschaften ein. Für den HIV ist zentral, dass die liberalen Rahmenbedingungen des Schweizer Arbeitsmarktes gewahrt bleiben.
- Zur Zuwanderung braucht es eine klare Schutzklauselregel, die den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung trägt und gleichzeitig eine Unterwanderung des Sozialstaates verhindert.
- Dass das Ständemehr bisher nicht vorgesehen ist, erachtet der HIV als problematisch und fordert ausdrücklich dessen Anwendung, weil es ein zentrales Element der föderalistischen Ordnung und der politischen Stabilität der Schweiz ist.

Appell an Sachlichkeit und Verantwortung

Die Umsetzung der innenpolitischen Massnahmen liegt nun in der Verantwortung der nationalen Politik, um verlässliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu sichern. Der HIV Kanton Bern ruft die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf, nun mit Weitsicht zu handeln und auch den kritischen Punkten Rechnung zu tragen. Der HIV wird den weiteren politischen Prozess eng begleiten und zu gegebener Zeit die Parole zur Abstimmung fassen.

Für weitere Informationen steht zur Verfügung:

Daniel Arn, Präsident HIV Kanton Bern, 079 330 31 75